

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementspreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 1,50.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen:
Für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum 30 A
für Versammlungsanzeigen 10 A pro Zeile.

Resultat der Feststellungen des Mitgliederbestandes in den Zahlstellen vom 13. Juli 1918.

694 Zahlstellen haben die Karte Nr. 13 für den 13. Juli eingesandt; sie weisen einen Mitgliederbestand nach von zusammen 56 980. Hiervon sind seit Ausbruch des Krieges bis zum 13. Juli 38 590 oder 67,73 pSt. zum Militär eingezogen. Vom Militär zurückgemeldet haben sich seit dem 1. Juli dieses Jahres 189 Mitglieder. Als gefallen gemeldet waren bis zum 22. Juli 3428 Mitglieder. Arbeitslos waren am 13. Juli 33 Mitglieder, dagegen standen 17 960 Mitglieder in Arbeit und 897 Mitglieder waren krank.

Nach Abzug der zum Militär Eingezogenen von der Gesamtzahl der nachgewiesenen Mitglieder verbleibt ein Bestand von 18 390 Mitgliedern. Hiervon waren arbeitslos 0,18 pSt., krank 2,16 pSt. und in Arbeit standen 97,66 pSt. 45 Mitglieder waren zur Annahme von Arbeit nach auswärts bereit. Den Stand in den einzelnen Provinzen und Bundesstaaten veranschaulicht diese Tabelle:

Provinzen oder Bundesstaaten	Anzahl der an den Fest- stellungen beteiligten		Von den Mitgliedern (Spalte 3) sind					Zur Arbeit nach auswärts bereit
	Zahlstellen	Mitglieder	zum Militär eingezogen	arbeitslos	in Arbeit	krank		
1	2	3	4	5	6	7	8	
Ostpreußen	16	1094	768	—	318	8	—	
Westpreußen	12	1410	921	—	484	5	—	
Brandenburg	64	5890	3837	11	2452	40	—	
Pommern	44	1586	1051	1	504	10	—	
Posen	16	441	309	—	131	1	—	
Schlesien	58	4608	3321	8	1250	27	2	
Sachsen	61	4432	2681	—	1751	30	4	
Schleswig-Holstein	47	2091	1703	2	682	14	—	
Hannover	46	2591	1817	1	757	16	—	
Westfalen	23	1268	978	—	284	6	3	
Hessen-Nassau	17	2405	1752	—	642	11	—	
Rheinland	17	3152	1944	2	1192	14	—	
Preußen	416	31256	20632	25	10417	182	9	
Bayern	49	4110	2636	—	1441	33	10	
(Rheinpfalz)	3	345	195	—	148	2	—	
Sachsen	56	7324	5545	3	1730	46	—	
Württemberg	11	1387	959	—	422	6	—	
Baden	7	921	645	—	267	9	—	
Hessen	6	595	380	—	212	3	—	
Mecklenburg-Schwerin	44	1882	846	—	519	17	6	
Sachsen-Weimar	10	817	602	—	211	4	—	
Mecklenburg-Strelitz	9	280	166	—	107	7	—	
Oldenburg	10	753	536	—	213	4	—	
Braunschweig	18	655	442	—	206	7	—	
Sachsen-Meiningen	8	385	321	—	64	3	—	
"-Altenburg	8	435	304	—	122	9	—	
"-Coburg-Gotha	7	599	468	—	120	11	—	
Anhalt	8	350	220	—	128	2	—	
Schwarzburg-Sondersh.	2	105	75	—	29	1	—	
"-Rudolstadt	6	194	160	—	33	1	—	
Waldeck	2	25	24	—	1	—	—	
Neuß a. L. (Greiz)	2	110	104	—	6	—	—	
j. L. (Gera)	3	237	178	—	58	1	—	
Schaumburg-Lippe	3	82	62	—	18	2	—	
Lippe-Detmold	8	46	43	—	3	—	—	
Lübeck	2	405	246	—	149	10	—	
Bremen	1	1224	789	—	422	13	—	
Hamburg	4	2883	1921	5	884	23	20	
Elßaß-Lothringen	1	122	91	—	30	1	—	
Deutsches Reich	694	56980	38590	38	17960	397	45	

Von dem Zahlstellen- und Mitgliederbestande vor dem Kriege (819 Zahlstellen, 62 673 Mitglieder) wurden durch die Feststellungen am 13. Juli erfasst 84,74 pSt. der Zahlstellen und 90,92 pSt. der Mitglieder.

Nachstehend aufgeführte Zahlstellen haben das Ergebnis der Feststellungen für den 13. Juli nicht oder zu spät eingesandt. Die zu spät berichtet haben, sind durch einen Stern (*) kenntlich gemacht.

Ostpreußen: Labiau, Tilsit.
Westpreußen: *Marienburg.
Pommern: Neustettin, Regenwalde.

Brandenburg: Beelitz, Bernau, Eberswalde, Frankfurt a. d. O., Gransee, Hermisdorf, Lehmin, Lübben-Stein-
kirchen, Potsdam.
Schlesien: *Neumarkt, *Penzig.
Provinz Sachsen: Annaburg, Aschersleben, Delitzsch, Staßfurt, Weißenfels.
Schleswig-Holstein: Marne, Wankendorf, *Wedel.
Hannover: Emden, *Göttingen, Peine, Uelzen.
Rheinland: Remscheid.
Bayern: Ansbach, Passau.
Rheinpfalz: Landau, *Speyer.
Königreich Sachsen: Bautzen, Dresden, Zittau.
Württemberg: Tübingen, Ulm.
Hessen: Groß-Zimmern.
Mecklenburg-Schwerin: *Grabow, Laage, Neu-
stadt, *Plau, *Schwaan.
Sachsen-Weimar: Jena.
Anhalt: Dessau, Mühlburg a. d. S.
Elßaß-Lothringen: Straßburg.

Die Umfrage für den 13. Juli erstreckte sich auch darauf, wieviel von den in Arbeit stehenden Verbandsmitgliedern außerhalb des Tarifgebietes, zu dem ihre Zahlstelle gehört, oder im Kriegsgebiet beziehungsweise nicht im Zimmererberuf beschäftigt waren. Sie hat ergeben, daß von 17 960 Mitgliedern, die am 13. Juli als in Arbeit stehend gemeldet wurden, 1530 = 8,52 pSt. außerhalb des Tarifgebietes ihrer Heimatzahlstelle oder im Kriegsgebiet beschäftigt waren und 955 = 5,32 pSt. nicht im Zimmererberuf arbeiteten. Einen Vergleich mit früheren Feststellungen hierüber gestatten folgende Zahlen:

Termin	Außerhalb des Tarifgebietes oder im Kriegsgebiet beschäftigt	Nicht im Zimmererberuf beschäftigt
15. Januar 1916	8,98 pSt.	9,28 pSt.
15. April 1916	8,79 "	7,94 "
15. Juli 1916	7,98 "	6,71 "
14. Oktober 1916	6,68 "	5,53 "
13. Januar 1917	8,09 "	6,42 "
14. April 1917	6,76 "	5,02 "
14. Juli 1917	7,33 "	4,31 "
13. Oktober 1917	10,15 "	4,67 "
12. Januar 1918	8,39 "	5,07 "
13. April 1918	8,70 "	5,26 "
13. Juli 1918	8,52 "	5,32 "

Die Karte Nr. 12 für den 29. Juni ist, nachdem das Resultat der Feststellungen für die Veröffentlichung im „Zimmerer“ Nr. 28 zusammengestellt war, noch aus 29 Zahlstellen eingegangen, die insgesamt 2779 Mitglieder nachweisen. Davon waren zum Militär eingezogen 1938, arbeitslos 1, krank 20, und 820 Mitglieder standen in Arbeit.

Das Endergebnis für den 29. Juni stellt sich demnach wie folgt: 740 Zahlstellen haben die Karte Nr. 12 eingesandt; sie weisen einen Mitgliederbestand nach von zusammen 63 279. Hiervon waren seit Ausbruch des Krieges bis 29. Juni 42 911 zum Militär eingezogen; arbeitslos waren am 29. Juni 31; dagegen standen 19 909 Mitglieder in Arbeit, und 428 waren krank. 27 Mitglieder waren zur Annahme von Arbeit nach auswärts bereit. Nach Abzug der zum Militär Eingezogenen konnten mithin die berichtenden Zahlstellen noch einen Mitgliederbestand von zusammen 20 368 nachweisen.

Der Termin der nächsten Feststellungen ist Sonnabend, 27. Juli. An diesem Tage ist die Karte Nr. 14 auszufüllen und sofort einzusenden. Wobei nochmals bemerkt sein mag, daß es bei Beantwortung der Frage 2: „Seit 1. Juli 1918 vom Militär zurückgemeldet“, lediglich darauf ankommt, wie viele zum Seeresdienst eingezogen gewesene Mitglieder sich nach dem 1. Juli dieses Jahres vom Militär zurück im Verbandsangehörig haben.

Das blutige Rasen.

Noch ist sein Ende nicht erkennbar. Und wenn es ab und zu scheinen wollte oder will, als ob die Vernunft wieder an Stelle des Wahnsinns treten sollte, so sorgt sicher der nächste Tag dafür, daß die vorzeitige Hoffnung nochmals eingefahrt werden muß. Ebenjowenig wie der Zeitpunkt sich jetzt voraussagen läßt, an dem das blutige Rasen aufhören wird, ist es möglich, ein klares Bild zu

entwerfen über die Zustände, die sich beim Kriegsende werden herausgebildet haben. Nur das wissen wir, daß sie düster und schwierig sein werden auf allen Gebieten. Erst eine langwährende Heilungsperiode wird den Kräfteverlust ausgleichen können, den alle kriegführenden Völker sich zugefügt haben und der auch auf die neutralen Staaten übertragen worden ist. Und noch ein anderes scheint festzustehen, daß nämlich eines der kriegführenden Länder am schwersten und langsamsten sich wieder erholen wird, vielleicht nie wieder seine alte Höhe erreicht. Das ist Frankreich.

Es ist an dieser Stelle wiederholt das in Deutschland oft gehörte Urteil zurückgewiesen worden, Frankreich sei „degeneriert“, also der Entartung, der dauernden Entkräftung verfallen. In dieser Allgemeinheit war die Behauptung nicht zutreffend. Wenn das oft erwähnte Zweikinderstern als durchweg in Frankreich absichtlich gewollte Einrichtung hingestellt wird, so stimmt das nicht. Es gibt in Frankreich genug Familien, von denen vier, fünf, sechs Brüder ins Feld gezogen sind. Trotzdem war schon vor dem Kriege die Bevölkerungszunahme in Frankreich bedenklich gering. Vor 250 Jahren zählte Frankreich 21 Millionen Köpfe, Deutschland nur 14 Millionen. Vor 125 Jahren, zur Zeit der großen Revolution, mag die Bevölkerungsziffer in beiden Ländern ungefähr gleich gewesen sein, obwohl Deutschland in der Zwischenzeit fast nicht aus den Kriegen herausgekommen war, während Frankreich ein Jahrhundert ziemlich Ruhe durchlebt hatte. Dann kamen die napoleonischen Kriege mit sehr starkem Menschenverbrauch in beiden Ländern. Vor 50 Jahren stand die Kopfzahl ungefähr wieder gleich, 37 Millionen in Frankreich gegen 40 Millionen in Deutschland. Von da ab hat sich Deutschland jedoch bis zum Kriegsbeginn auf 68 Millionen Einwohner entwickelt, während Frankreich 1914 nur 39,5 Millionen zählte. 1912 wiesen von den 87 Departements Frankreichs noch 47 einen Ueberschuß von Geburten über die Todesfälle auf. 1914 waren es nur noch 26, 1915 nur noch 2. 1914 wurden in Paris noch 48 000 Kinder geboren, 1915 37 000, 1916 26 000. Auf je 100 Todesfälle entfielen in Paris 1914 72 Geburten, 1915 65, 1916 42, 1917 (Januar bis April) 30. — Vor zwei Jahren stellte der Statistiker Coulon fest, daß in Frankreich 185 000 Abtreibungen vorgenommen wurden, von denen 75 000 tödlich verliefen. Auf dem Kongreß der französischen Handelskammer teilte 1916 deren Präsident mit, in 30 Monaten werde sich Frankreichs Bevölkerung um 2,5 Millionen vermindert haben.

Das sind Ziffern, die den Tod künden. Nach dem Kriege wird dasjenige Volk seine wirtschaftlichen Wunden, die das blutige Rasen ihm geschlagen hat, am schnellsten heilen, das die stärkste Volksvermehrung aufweist. Viel früher als in Deutschland tauchte dementsprechend in Frankreich der Gedanke auf, den Männern die Mehrehe zu gestatten. Das würde jedoch Unterhaltspflichten für erzeugte Kinder mit sich bringen, die bei den mäßigen Wirtschaftsverhältnissen nach dem Kriege von nur wenigen getragen werden könnten. Und daß etwa der Staat für die Kosten aufkommt, wird so schweren Bedenken begegnen, daß der Gedanke kaum durchführbar erscheint. Frankreichs Verluste an Toten durch den Krieg betragen bereits jetzt über eine Million. Diesen Verlust wettzumachen, wird ihm nur sehr schwer und erst nach so langer Zeit möglich sein, daß in zwischen in der Gestaltung der Weltproduktion und des Welt Handels Veränderungen werden eingetreten sein, denen dann Frankreich nicht mehr die Spitze wird bieten können.

Es wird Frankreich zum furchtbaren Verhängnis, daß es ihm ungeheuer schwer fällt, sich in die Rolle des Unterlegenen zu finden. Schon 1870 hätte es sich viel Unheil und Opfer ersparen können, wenn es gleich nach Sedan sich zum Friedensschluß hätte bereitfinden lassen. Diesmal fällt es ihm noch viel schwerer, obwohl es weiß, daß es eine Todeswunde am Leibe trägt, wenn nicht bald Frieden geschlossen wird. Jean Jaurès kannte seine Landsleute, ihre Stärken und ihre Schwächen. Er ahnte, was seinem Lande bevorstehen werde, wenn es zum Kriege komme. Unermüdlich

hat er deshalb wieder und wieder seine Stimme für den Frieden erhoben. Schon 1905 warnte er vor der Revanché-idee, die das Denken vieler Franzosen umnebelte. Mit klarem Blick schrieb er damals, solange die Revanche in der französischen Politik als Möglichkeit gelte, werde bei andern Völkern, die gegen Deutschland irgendeine feindliche Absicht haben, die Versuchung bestehen, diese dunkle, überlebte Idee der Revanche auszuheben, um eine antideutsche Koalition zu schmieden. Das Auge mit so scharfem Blick für politische Entwicklungswahrscheinlichkeiten ist gebrochen worden, als das blutige Rasen beginnen sollte. Und die französischen Sozialisten haben zugelassen, daß bis zur Stunde die Untersuchung der Ermordung Jaurès nicht zu Ende geführt wird. Und andere französische Sozialisten? Da ist Hervé! Als auf dem internationalen Kongreß in Stuttgart die Sozialisten sich gelobten, den Kriegsgeheimern im eigenen Lande unversöhnlich entgegenzutreten, da war es Hervé, der auf einen Tisch sprang und beide Hände zum Schwur erhob, daß er diese Aufgabe erfüllen wolle. Im Kriege hat sich dann derselbe Hervé zum tollsten Kriegsbekehrer verwandelt. Ja, er hat die Holländer beschimpft, weil diese neutral bleiben wollten, und er hat die Griechen verhöhnt, weil sie sich beschwerten, durch die Uebermacht Englands und Frankreichs gegen ihren Willen in den Krieg gejaagt zu werden. Hervé hat gejubelt, als Rumänien und Italien ihre Bündnisverträge mit Deutschland brachen und an die Seite der Entente traten.

Oder Sembat? Vor dem Kriege gab er sich nebst seinem späteren Ministerkollegen Jules Guesde als einer derer, die lieber den gewaltsamen Aufstand im eigenen Lande entfesseln wollten, als daß sie in eine Kriegsführung willigten, daß sie diese Absicht nicht ausführten, soll ihnen nicht verdacht werden. Aber war es eines Sozialisten würdig, daß Sembat als Minister versucht hat, Dänemark zum Aufgeben seiner Neutralität zu bewegen? Und als vor reichlich Jahresfrist in Ostgalizien der Vorstoß Brussilows zusammenbrach, nachdem Hunderttausende russischer Soldaten Blut und Leben zwecklos auf den Schlachtfeldern hatten hingeben müssen, da brüstete sich Sembat wiederum in der „Humanität“, die Offensive Brussilows sei allein das Werk der französischen Sozialisten gewesen. — Renaudel, nach Jaurès Tod der Führer der Partei, forderte erst vor wenigen Wochen, als die amerikanischen „Arbeiterdelegierten“ in Paris weilten, die militärische Hilfe Amerikas für Frankreich müsse „bis zur vollkommenen Verschmelzung“ gehen. Immer noch stehen also die französischen Sozialistenführer auf dem Boden ihres 1915 gefaßten Beschlusses, ein Frieden sei „nur durch den vollen Sieg über den deutschen Militarismus“ denkbar; „jeder andere Friede wäre eine Niederlage“.

Der kleine Flügel der französischen Parteigenossen, der neuerdings entschieden für einen Verständigungsfrieden eintritt und bereit ist, der deutschen Partei die Hand zu reichen, erfährt von den Thomas, Sembat und Renaudel schwere Angriffe. Jetzt, wo das vierte Kriegsjahr zu Ende geht, treiben sie weiter und weiter zur Fortsetzung des blutigen Rasens. Warum? Weil sie nationalistisch fühlen. Und mit welchem Endergebnis? Daß das Elend ihres eigenen Volkes bis zum endgültigen Verfall getrieben wird. — Die Beschlüsse der sozialistischen internationalen Kongresse über die Stellungnahme im Kriege waren nach allen Richtungen ungenügend. So ist es gekommen, daß der Eintritt des Krieges die Internationale zerrissen hat. Aber ein Beschluß sollte und konnte von allen beachtet werden, nämlich der, daß die Sozialisten aller Länder, wenn trotz unserer Bemühungen, den Krieg zu verhindern, der Krieg einmal ausgebrochen sei, die Pflicht hätten, ihn möglichst bald zu beenden. Die deutsche Partei hat dieser Forderung Rechnung gettrogen, die französische Partei nicht. Sie segelt tatsächlich im bürgerlich-kabulinistischen Fahrwasser. Und wenn das französische Volk, für das wir alle so viele Sympathien hatten, sich an und in diesem Kriege nicht nur schwächen, sondern verbluten wird, so haben die französischen Sozialisten an diesem Drama eifrig mitgewirkt, das ist ein débauché für sich.

Annahme der Unfallgefahren in Deutschland.

Nicht selten kann man in der Tages- und Fachpresse Deutschlands Mitteilungen lesen, die auf der amtlichen Statistik der Unfallentschädigungen beruhen, und aus denen hervorgeht, daß in den ersten drei Kriegsjahren die Zahl der entschädigten Unfälle geringer war als in den letzten Friedensjahren, und daß auch auf die gleiche Zahl versicherter Personen oder Vollarbeiter in der Kriegszeit weniger Unfälle trafen als kurz vorher. Richtige Zahlen, namentlich Verhältniszahlen, lassen sich jedoch nur angeben, soweit es sich um die Versicherung bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften handelt. Für die landwirtschaftliche Unfallversicherung lassen sich genaue Berechnungen nicht anstellen, weil die Zahl der Versicherten unbekannt ist. Es wird bei den land- und forstwirtschaftlichen Unfallversicherungsgenossenschaften mit der Zahl von 17 403 000 versicherten Personen weitergerechnet, die durch Schätzung auf Grund der Ergebnisse der Betriebsstatistik von 1907 gewonnen wurde.

Die 68 gewerblichen Berufsgenossenschaften bringen genaue Nachweisungen über die Zahl der beschäftigten Personen und der Vollarbeiter (zu 300 Arbeitstagen). Hiernach hat sich die Zahl der versicherten Personen von 7 547 338 im Jahre 1915 auf 7 442 518 im Jahre 1916 vermindert, dagegen ist die Zahl der Vollarbeiter von 6 692 104 auf 6 702 518 gestiegen. Die Inkongruenz läßt darauf schließen, daß bei verminderter Arbeiterzahl mit größerer Intensität gearbeitet wurde. Soweit nur die Zahlen über die von den gewerblichen Berufsgenossenschaften erstmalig entschädigten Unfälle berücksichtigt werden, scheinen die Ergebnisse nicht ungünstig zu sein. In den Jahren 1903 bis 1916 wurde von diesen Trägern der Unfallversicherung zum erstenmal Entschädigung für neue Unfälle gezahlt:

	Überhaupt	Auf je 1000 versicherte Personen	Auf je 1000 Vollarbeiter
1903	60 550	8,11	9,24
1910	69 311	7,39	8,36
1911	70 423	7,15	8,14
1912	74 488	7,82	8,27
1913	74 978	7,05	7,91
1914	66 580	7,04	8,05
1915	50 119	6,64	7,49
1916	55 538	7,46	8,29

Danach ergibt sich eine Verbesserung für die zahlungspflichtigen Berufsgenossenschaften. Sie haben in den letzten Jahren weniger Unfälle zu entschädigen gehabt. Besonders auffällig ist der Sprung nach unten von 1914 auf 1915. Aus dieser Entwicklung könnte man schließen, daß die Unfallverhütung besser geworden sei und nun auf der Höhe stehe. Mit solcher Annahme würde man sich einer argen Täuschung hingeben. Das Gegenteil ist nämlich richtig: die Unfallhäufigkeit hat zugenommen! — Die Veränderung in den Entschädigungszahlen ist lediglich eine Folge der zuungunsten der Arbeiter üblich gewordenen „Reform“ in der Rechtsprechung. Es werden eben weniger Renten ausbezahlt.

Heute werden schon ziemlich erhebliche Körperschäden als Unfallfolgen nicht mehr als Einbuße der Erwerbsmöglichkeit gewertet. Im Kriege hat die ärztliche Begutachtung nach dieser Richtung noch weitere Fortschritte gemacht. Durch „Angewöhnung“ soll fast jeder Krüppel beinahe wieder vollständig erwerbsfähig werden.

Daß die Unfallhäufigkeit zugenommen hat, das ergeben die nachstehenden Angaben. Sie beziehen sich auf die in den betreffenden Jahren überhaupt gemeldeten Unfälle. Hier die Uebersicht:

	1913	1914	1915	1916
Versicherte Personen	10 630 437	9 451 618	7 547 338	7 442 518
Vollarbeiter	9 476 283	8 274 900	6 692 104	6 702 518
Unfälle überhaupt ..	581 211	514 975	427 994	439 485
„ auf 1000 Versich.	54,7	54,3	56,7	59,1
„ „ 1000 Vollarb.	60,3	62,2	63,9	65,6

Ein ganz klares Bild über die Unfallhäufigkeit geben die Verletzten auf je 1000 Vollarbeiter. Und da tritt eine ständige Zunahme heraus: von 1913 bis 1916 beträgt sie 9 vom Hundert. Das ist ein bedenkliches Ginauffchwellen der Verhältniszahl.

Man könnte glauben, es handle sich dabei vorwiegend um leichtere Unfälle, die zu Sorgen wenig Anlaß böten. Aber auch das stimmt nicht! Gerade die schweren Unfälle haben in erschreckendem Umfange zugenommen. Wie stark die Zunahme ist, das veranschaulicht die folgende Uebersicht. Es ereigneten sich Unfälle mit tödlichem Ausgang für die Verletzten:

	Überhaupt	Auf je 1000 versicherte Personen	Auf je 1000 Vollarbeiter
1910	4720	0,56	0,64
1911	5292	0,59	0,68
1912	5832	0,65	0,73
1913	6594	0,62	0,69
1914	5992	0,63	0,72
1915	5593	0,74	0,84
1916	6426	0,86	0,96

Gegenüber dem Jahre 1913, dem letzten Friedensjahre, ist infolge des Rückganges in der Zahl der Beschäftigten die absolute Zahl der Unfälle mit tödlichem Ausgang kleiner geworden. Aber 1916 war sie schon wieder fast so hoch wie 1913; und die Verhältniszahl ist erheblich gewachsen. Von 1913 bis 1916 hat sie, auf Vollarbeiter bezogen, um 30 vom Hundert zugenommen!

So sieht es in Wirklichkeit aus: Die Unfallhäufigkeit ist beängstigend größer geworden. Verbesserte und verschärfte Schutzmaßnahmen zur Sicherung von Gesundheit und Leben der gewerblichen Arbeiter sind dringend erforderlich!

Bei allen Trägern der Unfallversicherung zusammen wurden im Jahre 1916 erstmalig entschädigt 103 184 Unfälle gegen 96 227 im Jahre 1915. Von den Verletzten wurden 9951 (1915 8969) getötet, und 681 (644) wurden als dauernd völlig erwerbsunfähig befunden. Entschädigt werden bekanntlich nur die Unfälle, die eine Arbeitsunfähigkeit von mehr als 13 Wochen zur Folge hatten, das ist nur ein kleiner Teil der gemeldeten. Insgesamt wurden im Jahre 1916 606 056 Unfälle gemeldet gegen 591 504 im Jahre 1915.

H. F.

Unternehmergeist und Eigennutz.

Die Entwicklung zur Gemeinwirtschaft, die durch den Weltkrieg einen starken Anstoß bekommen hat, läßt sich auf die Dauer nicht mehr aufhalten. Es kann gar keinem Zweifel mehr unterliegen, daß Staat, Gemeinde und Genossenschaft immer mehr wirtschaftliche Unternehmungen betreiben und sie dadurch der privatrechtlichen Bewirtschaftung entziehen werden. Daß sich das Privatrecht dagegen sträubt, ist ganz erklärlich und daß es die kommende Gemeinwirtschaft als ein Schreckgespenst an die Wand malt, versteht sich ganz von selbst. Einer der wichtigsten Einwürfe gegen diese neue Wirtschaftsform ist der, daß sie die persönliche Tatkraft und Unternehmungslust der Beteiligten lähme, daß sie den Wettstreit und die Schaffensfreude ersticke, daß sie, kurz gesagt, den Unternehmergeist völlig erlöte. Diese Behauptung wird unaufhörlich wiederholt, sie übt zweifellos auf die Leser und Hörer eine starke Wirkung aus, weshalb es sich verlohnt, einmal darauf einzugehen.

Sicherlich ist der Unternehmergeist als Ausfluß menschlichen Denkens und Willens von größter Bedeutung, weil er die Menschen antreibt, nach neuen Mitteln und Wegen zu suchen, um die Menschheit vorwärts zu bringen und in der Kultur zu fördern. Es wäre ein Unbiling, leugnen zu wollen, was menschlicher Schaffensgeist entdeckt, was menschliche Willenskraft erstrebt und was menschlicher Wagemut geleistet hat im Dienste der Aufwärtsentwicklung. Es wäre auch falsch, wenn man bestreiten wollte, daß der persönliche Eigennutz des einzelnen ein starker Stachel gewesen ist, der die Menschen vorwärts getrieben hat. Aber ein Irrtum ist es, zu glauben, daß, wenn der Eigennutz ausgeschaltet und durch den Gemeininn ersetzt würde, notwendigerweise der Unternehmergeist verdorren müsse. In der Vergangenheit und in der Gegenwart der menschlichen Gesellschaft hat sich deutlich gezeigt, daß der selbstlose Gemeininn ebenfalls Taten verrichtet hat, die die Menschheit höheren Zielen entgegenführen. Die Menschheit müßte sich schämen, wenn sie ihren Aufstieg lediglich dem Eigennutz und nicht auch dem Solidarismus verdankte. Hier besteht noch der Unterschied, daß die aus Eigennutz entsprungenen Taten und Erfolge neben den Vorteilen auch sehr bedauerliche Nachteile mit sich gebracht haben, während die aus selbstloser Menschenliebe entsprossenen Handlungen ohne Mißklang der Entwicklung zugute gekommen sind. Der Eigennutz der einzelnen Menschen und Menschengruppen hat die Menschheit um die Erunggenschaften betrogen, die der menschliche Geist gezeitigt hatte, er hat erbitterte, unaufhörliche Kämpfe unter ihnen hervorgerufen, in denen ein großer Teil dieser Erunggenschaften vernichtet worden ist. Der gegenwärtige Weltkrieg ist ein erschreckender Beweis dafür, daß der Eigennutz den Solidarismus erstickt und die Kultur unter Trümmern begräbt.

Kann man es darum tadeln, wenn weitsichtiger Führer der Menschheit sich bemühen, den Unternehmergeist in seinen gegenständlichen Wirkungen zu erhalten, ihn aber vom Eigennutz freizumachen? Ist es ein Fehler, wenn der Unternehmergeist von den ihm anhaftenden Schäden gereinigt und sozialen Zwecken dienstbar gemacht werden soll? Bei aller Anerkennung des Großen, was er geleistet hat, darf man doch auch nicht vergessen, welch ungeheures Unheil seine antisozialen Auswüchse angerichtet haben. Die Menschheit wäre das nicht, was sie im Verlaufe der Jahrtausende geworden ist, ohne die Großtaten des freien Unternehmertums; aber wenn der Unternehmergeist nicht in den Dienst der rücksichtslosen Selbstsucht gestellt worden wäre, hätte er nicht so viele Blüten des Menschengeistes zerstört und so unendlich viel Elend über die Menschheit gebracht. Darum gilt es, den Unternehmergeist in den Dienst des gesamten Volkes zu stellen, ihn dort zu fördern, wo er sozial wirkt, ihn aber überall bis auf die Wurzel auszurotten, wo er seinen persönlichen Vorteil auf Kosten der Allgemeinheit sucht. Glücklicherweise wird die wirtschaftliche Umgestaltung und vor allen Dingen die Entwicklung zur genossenschaftlichen Gemeinwirtschaft immer zahlreichere Menschen mit sozialem Pflichtgefühl erfüllen und den persönlichen Eigennutz als einen überwundenen Standpunkt brandmarken.

Erhöhung der Kriegsrenten.

In diesen Zeiten der steigenden Teuerung reichen insbesondere die an sich schon knapp bemessenen Kriegsrenten nicht mehr aus, um auch nur den bescheidensten Ansprüchen genügen zu können. Dieser Einsicht konnte sich auch die Versorgungsabteilung im Kriegsministerium nicht verschließen. Es wird eine Erhöhung der Kriegsrenten eintreten, und zwar mit Wirkung vom 1. Juli 1918 ab. Diese Erhöhung soll bis zu 80 pzt. der jetzigen Renten steigen. Die Vorarbeiten sind abgeschlossen, doch wird es kaum möglich sein, die Richtlinien für diese Erhöhung vor Ende des Monats zu veröffentlichen. Das ist bedauerlich, denn viele Kriegsrentenbezieher leiden bittere Not; aber jedenfalls steht fest, daß die Erhöhung vom 1. Juli 1918 ab nachbezahlt wird.

Die Wiederverwendung ehemaliger Kriegsgefangener.

Auf eine Anfrage, die der Abgeordnete Stüden an das Kriegsministerium gerichtet hat, ist ihm jetzt mitgeteilt worden:

daß die aus Rußland zurückgekehrten Militärpersonen, ohne Rücksicht auf den Zeitpunkt oder die Art ihrer Rückkehr, im Heeresdienst überall wieder verwendet werden können. Es würde dem Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht widersprechen, wenn die aus russischer Kriegsgefangenschaft zurückgekehrten Heeresangehörigen nach Ablauf ihres Urlaubes anders verwen- det würden als die übrigen Heeresdienstpflichtigen, von denen viele, selbst nach mehrfacher Verwundung, der Front wieder zugeführt werden. Soweit aus besonderen Gründen von einer Verwendung in der Front abgesehen werden darf, zum Beispiel infolge vorgeschrittenen Alters oder aus Familienrücksichten, kommen diese Sonderbestimmungen auch den aus russischer Gefangenschaft Zurückgekehrten zugute.

Damit steht fest, daß auch die aus der russischen Kriegsgefangenschaft entflohenen Leute, falls sie kriegsverwendungsfähig sind, wieder an der Front verwendet werden dürfen, nachdem mittlerweile mit Rußland Frieden geschlossen worden ist. Wenn ein aus Rußland zurückgeführter Kriegsgefangener etwa an einer andern Front wieder in Kriegsgefangenschaft geraten sollte, dann darf er nicht anders behandelt werden als die andern Kriegsgefangenen auch. Mit dem Tage des Friedensschlusses mit Rußland konnte Deutschland über seine dort kriegsgefangenen gewesenen Soldaten und Offiziere wieder vollkommen frei verfügen.

Die Wiederverwendung des ausgetauschten Sanitätspersonals.

Vielfach ist die Meinung verbreitet, daß ausgetauschtes Sanitätspersonal nicht mehr im Sanitätsdienst an der Front verwendet werden darf. Diese Meinung ist irrig. Der Artikel 9 der Genfer Konvention besagt:

Die ausschließlich zur Vergung, zum Transport und zur Pflege der Kranken und Verwundeten, sowie zur Verwaltung der Sanitätsformationen und -anstalten verwendeten Personen und die den Heeren zugeteilten Feldprediger sind unter allen Umständen zu schonen und zu schützen. Fallen sie in die Hände des Feindes, so dürfen sie nicht als Kriegsgefangene behandelt werden.

Das gleiche gilt für die Angehörigen der von ihrer Regierung anerkannten und zugelassenen freiwilligen Hilfsvereinigungen (Rotes Kreuz, Johanniter usw.). Zum Sanitätspersonal gehören: Sanitätsbeamte, Unterärzte, Feldunterärzte, einjährig-freiwillige Ärzte, vertraglich angenommene Zivilarzte, Zahnärzte, Militärapotheke, Lazarettverwaltungsbeamte, Lazarettunterbeamte, Sanitätsmannschaften und Militärkrankenwärter. Dieses Personal ist, wenn es in die Hände des Feindes fällt, nicht kriegsgefangen, sondern muß, sobald es für die Pflege der eigenen Verwundeten entbehrlich ist, ausgetauscht werden. Solange sich das Sanitätspersonal in den Händen des Feindes befindet, hat es Anspruch auf die gleiche Behandlung, die das Sanitätspersonal des betreffenden Landes bezieht. Nach dem erfolgten Austausch darf das Personal, eben weil es nicht kriegsgefangen war, sofort wieder im Dienst verwendet werden.

Die Entlassung bei der Demobilisierung.

Für die Demobilisierung hat das Kriegsministerium natürlich bereits einen alle Einzelheiten umfassenden Demobilisierungsplan aufgestellt, der sich naturgemäß der Öffentlichkeit entzieht. Von maßgebender Seite ist aber bereits erklärt worden, daß die Entlassungen nach Friedensschluß nach dem Lebensalter erfolgen sollen, immer unter der Voraussetzung, daß der zu Entlassende die Möglichkeit eines sofortigen Unterkommens hat. In erster Linie mit entlassen werden die jungen Leute, die das zwanzigste Lebensjahr noch nicht erreicht haben. Nur auf ihren eigenen besonderen Wunsch können sie bei der Truppe bleiben. Wenn sie dann später nach Erreichung des militärisch richtigen Alters bei der Musterung ausbezogen werden, dann wird ihnen die im Kriege geleistete Dienstzeit, einfach gerechnet, auf ihre Dienstpflichtzeit angerechnet. Ein junger Mann, der also während des Krieges, obwohl er noch nicht 20 Jahre alt war, ein Jahr Dienst geleistet hat, braucht dann später, wenn er zur Erfüllung seiner gesetzlichen Dienstpflicht eingezogen wird, bei der Infanterie nur ein Jahr, bei der Kavallerie nur noch zwei Jahre zu dienen. Wer jedoch zwei Jahre im Kriege gedient hat, der hat damit seine gesetzliche Dienstpflicht bereits voll erfüllt und kann nicht wieder zum aktiven Dienst eingezogen werden.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

An die Zahlstellenvorstände und Mitglieder im Gau 12 (Thüringen).

Unser Gauleiter Richard Rudloff in Erfurt hat wegen schwerer Erkrankung seine Tätigkeit einstweilen einstellen müssen. Der Zentralvorstand hat die Geschäfte für den Gau dem Gauleiter für den Gau 9, Gustav Laue, Leipzig, Zeitzer Straße 32, 2. Et., mit übertragen. Die Vorstände der Zahlstellen im Gau 12 werden ersucht, alle für den Gauleiter bestimmten Mitteilungen vorläufig an die Adresse des Kameraden Laue, Leipzig, zu richten.

Die Volksfürsorge im Kriegsjahr 1917.

Dieser Nummer des „Zimmerer“ liegt für alle Zahlstellen eine kleine Anzahl Auszüge aus dem Geschäftsbericht des Vorstandes der Volksfürsorge über das Jahr 1917 und dem Bericht an die fünfte Generalversammlung am 24. Juni 1918 in Hamburg und ihre Beschlüsse bei. Diese Auszüge geben in knapper Darstellung eine Uebersicht über die Entwicklung, Leistungen und den Stand der Volksfürsorge und über die Verhandlungen auf der Generalversammlung. Das Material eignet sich sehr gut für die Agitation für die Volksfürsorge unter unsern Mitgliedern. Die Zahlstellenvorstände werden daher gebeten, das Material in geeigneter Weise zu verwenden.

Der Zentralvorstand.

Unsere Lohnbewegungen.

Antrag an den Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe auf eine weitere Teuerungszulage. Die Vorstände der am Reichstarifverträge für das Baugewerbe beteiligten Verbände der Bauarbeiter, Zimmerer und christlichen Bauarbeiter haben, nachdem ihnen schon seit längerem dahingehende Anregungen aus Mitgliederkreisen zugegangen

waren, die in letzter Zeit immer dringlicher wurden, durch Schreiben vom 20. Juli dieses Jahres bei dem Vorstand des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe eine weitere Teuerungszulage beantragt. Veranlassung hierzu gab nicht nur die zurzeit überaus stark fühlbare Teuerung auf dem Lebensmittelmärkte; besonders schwer lasten namentlich die unerhört hohen, fast unerschwinglichen Preise für Kleidung, Schuhzeug usw. auf der Arbeiterschaft. Die baugewerblichen Arbeiter erwarten bestimmt, daß ihre fast unerträglich gewordene Lage durch eine baldige angemessene Teuerungszulage in etwas gemildert wird. Dem Reichswirtschaftsamt ist von dem Antrage der Arbeiterverbände Kenntnis gegeben worden.

Berichte aus den Zahlstellen.

Frankfurt a. M. Am 16. Juli fand unsere Zahlstellenversammlung statt. Aus dem Geschäftsbericht ist hervorzuheben, daß die Nachfrage nach Zimmerern bedeutend nachgelassen hat. Im Frühjahr mußten wir an einige Arbeitslose Unterstützung auszahlen. Die Lohnzulage am 1. April ist von den Arbeitgebern überall glatt durchgeführt worden. Infolge der im Januar beschlossenen Beitragserhöhung von 15 % die Woche weisen die Kassenverhältnisse eine wesentliche Besserung auf. Die Anmeldung der vom Heeresdienst entlassenen beziehungsweise rekrutierten Mitglieder wird, von wenigen Ausnahmen abgesehen, vollzogen. Notwendig ist aber für die Zukunft eine regelmäßige Bücherkontrolle, damit auch die Säumnigen erfasst werden können. In den Mitgliederkreisen macht sich in den letzten Wochen eine große Unzufriedenheit wegen der ungenügenden Entlohnung bemerkbar. Täglich laufen Schreiben aus den einzelnen Bezirken ein, die ein Eingreifen des Vorstandes verlangen. Begründet wird die Forderung damit, daß der Bauarbeiter mit den rationierten Lebensmitteln nicht mehr arbeitsfähig bleibt. Um die Arbeitskraft zu erhalten, sind die Zimmerer auf die Schleichhandelsware angewiesen. Die von den Arbeitgebern zum Verkauf angebotenen Waren sind aber im Preise so hoch, daß mit den jetzigen Löhnen nicht mehr auszukommen ist. Der Berichterstatter weist auf den bestehenden Tarifvertrag hin, nach dem die Verbandsinstanzen sich verpflichtet haben, alle Bestrebungen auf weitere Lohn erhöhungen zu bekämpfen. Im Oktober werden voraussichtlich neue Verhandlungen stattfinden; die Mitglieder müßten deshalb die kurze Zeit noch Geduld üben. Die nunmehr einsetzende Diskussion zeigte, daß selbst die Frankfurter Zimmerer ihre bisher gezeigte Ruhe verloren haben. Von allen Rednern wurde erklärt, daß an ein weiteres Abwarten nicht zu denken sei. Besonders die Redner aus den Lohngebieten Höchst und Hanau machten Angaben über Lebensmittelpreise für Waren, die durch die Arbeitgeber zu beziehen sind. Angeboten werden: Schinken M 16, Speck M 14, Preßkopf M 12, Bohnen M 2,80, Schmierkäse M 2, Mehl M 3,20, Zucker M 3,50, Marinelade M 3 pro Pfund, Pferdewurst pro Paar M 1 (6 Stück gleich ein Pfund), Del pro Liter M 28, Sering pro Stück M 1,75. Um die Arbeitskraft zu erhalten, sind die Arbeiter gezwungen, von den angebotenen Waren zu kaufen. Um nur einen Hering kaufen zu können, muß der Arbeiter mehr als anderthalb Stunden arbeiten. Es wurde auch verschiedentlich darauf hingewiesen, daß der Zimmerer und Bauarbeiter viel schlechter gestellt ist als der Rüstungs- und Munitionsarbeiter. Der Zimmerer ist das ganze Jahr den Witterungseinflüssen ausgesetzt, wogegen der Munitionsarbeiter immer im trocknen und in gleichmäßiger Temperatur arbeitet. Auch die Abnutzung der Kleider ist bei den Bauarbeitern bedeutend größer als bei den meisten Arbeitern in den Fabriktrieben. Die Bevorzugung dieser Arbeiter gegenüber den Bauarbeitern sei deshalb nicht am Platze. Bei den jetzigen Löhnen muß der einzelne zugrunde gehen. Wenn der Vorstand nicht in der Lage ist, zu helfen, dann muß zur Selbsthilfe gegriffen werden. Es sollen auf allen Plätzen einige Mitglieder bei den Arbeitgebern um Lohn erhöhungen vorstellig werden. Als Mindestforderung wurde M 1,50 bezeichnet. Lehnen die Arbeitgeber ein Entgegenkommen ab, dann sollen die Zimmerer in der Munitionsindustrie Arbeit annehmen. In seinem Schlusswort erkennt der Vorsitzende alle vorgetragenen Beschwerden und Wünsche als berechtigt an. Bei der bisherigen Haltung des Arbeitgeberverbandes ist aber an ein Entgegenkommen nicht zu denken. Jeder Versuch, zu verhandeln, wird von den Arbeitgebern als Vertragsbruch bezeichnet. Um die Stimmung der Mitglieder zu beruhigen, wird es notwendig sein, dem Arbeitgeberverband Mitteilung zu machen. Ebenso soll der Zentralvorstand über die Verhältnisse unterrichtet werden. Wenn das alles nichts hilft, dann sind die Machtmittel des Vorstandes erschöpft. Beschlossen wurde hierauf einstimmig, in den Lohngebieten Versammlungen abzuhalten, damit der Vorstand nicht die Führung verliert.

Glogau. Am 17. Juli fand unsere Mitgliederversammlung statt. Sie beschäftigte sich zunächst mit der am 1. April fälligen Teuerungszulage. Die Versammelten stellen fest, daß die Unternehmer entgegen ihren früheren Gewohnheiten diesmal die Teuerungszulage gezahlt haben. Nur das Baugewerbe von Wismar hat sich strikte geweigert, diese Zulage zu gewähren, weil die Zimmerer nur an den Holzbearbeitungsmaschinen tätig wären. Die Gauleitung hat verschiedentlich versucht, die Angelegenheit ins reine zu bringen; aber ohne Erfolg. Zuletzt hat der „Zimmerer“ einen kritischen Bericht über das Verhalten des Herrn Wismar gebracht. Dieser Bericht ist Herrn Wismar zugesandt worden, worauf die Zahlung erfolgt ist. Die Kameraden wurden darauf hingewiesen, wie notwendig es sei, den Verband am Orte aufrechtzuerhalten; wäre das nicht der Fall gewesen, hätten sie die Teuerungszulage heute noch nicht erhalten. Unter „Verbandsagitation“ wurde vom Kameraden Breuer erwähnt, wie schwer es war, mit den uns fernstehenden ein ernstes Wort zu reden; aber einigen Erfolg haben unsere Bemühungen doch gehabt, indem etliche Kameraden unserm Verbande beigetreten wurden. Es mag also jeder Kamerad in der Zukunft seine Schuldigkeit tun. In der Frage einer weiteren Teuerungszulage war die Versammlung der Ansicht, daß die verteuerten Lebensbedingungen, die Steigerung der Mieten, die Verteuerung des Werkzeuges usw. eine solche schon längst erforderlich ge-

macht haben. Da wir aber auch in Glogau in einem Vertragsverhältnis mit den Arbeitgebern stehen, so wurde die Zahlstellenverwaltung beauftragt, beim Zentralvorstand einen diesbezüglichen Antrag zu stellen. Zur Abrechnung vom zweiten Quartal wurde berichtet, daß Marken, Bücher und Geld in bester Ordnung befunden worden sind. Für die Zentrale war eine Einnahme von M 126,80, und für die Lokalkasse eine solche von M 46,40 vorhanden. Nach Abzug von M 45,50 Lokalausgabe verblieb ein Lokalkassenbestand von M 958,54. Die Mitgliederzahl betrug 17 Mann. Unter „Verbandsangelegenheiten“ wurde gerügt, daß unser Vorsitzender durch sein sonderbares Verhalten, sowie dadurch, daß er zur heutigen Versammlung nicht erschienen ist, uns Veranlassung gab, den Kassen mit einem andern Kameraden zu besetzen. An seiner Stelle wurde Gustav Lange, Kupferschmiedestraße 12, gewählt. Die Mitglieder mögen sich in allen Angelegenheiten an diesen wenden. Unsere Mitgliederversammlungen betreffend, wurde beschlossen, daß die monatlichen Versammlungen ausfallen und die nächste Mitgliederversammlung am Mittwoch, 16. Oktober, stattfinden soll. Außerordentliche Versammlungen werden besonders angelegt und den Mitgliedern bekanntgegeben. Da unser Verbandsassessor auf vier Wochen verreisen muß, sind in dieser Zeit die Beitragsmarken von Gustav Lange und Hermann Breuer zu entnehmen. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Göppingen. Am 12. Juli fand unsere Versammlung mit folgender Tagesordnung statt: Regelung des Lokalbeitrages und örtliche Angelegenheiten. Das Protokoll von der letzten Versammlung wurde für richtig erklärt. Hierauf nahm Kamerad Leuger das Wort zur Erhöhung des Lokalbeitrages. Dieser Punkt löste eine lebhafteste Debatte aus. Es wurde dann ein Antrag des Ausschusses angenommen, der dahin geht, daß von der 19. Woche ab der Lokalbeitrag um 10 % erhöht wird. Dann beschwerten sich die Kameraden, daß der Lohn in Göppingen zu gering sei. Es wurde beschlossen, den Zentralvorstand zu ersuchen, den Lohn für unsere Zahlstelle bei den nächsten Tarifverhandlungen um 30 % die Stunde zu erhöhen. Auch wurde Kamerad Leuger beauftragt, bei den hiesigen Unternehmern vorstellig zu werden zwecks sofortiger Erhöhung des Lohnes. Es fand auch der Antrag Zustimmung, an Sonnabenden die Arbeit um 1 Uhr zu beenden, damit die auswärtigen Kameraden noch mit den Nachmittagszügen nach Hause fahren können. Hierauf wurde die Versammlung vom Vorsitzenden mit einem warmen Appell an alle Kameraden, dem Verbande die Treue zu halten, geschlossen.

Saarbrücken. Am 14. Juli tagte unsere Mitgliederversammlung. Auf der Tagesordnung stand: Abrechnung vom zweiten Quartal, Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. Der Kassierer, der in Abwesenheit des Vorsitzenden die Versammlung leitete, gedachte des Kameraden A. Schmidt aus St. Ingbert, der den Heldentod erlitt. Die Versammlung ehrte das Andenken des gefallenen Kameraden in üblicher Weise. Dann wurde Stellung zu einer weiteren Teuerungszulage genommen. In der lebhaften Debatte wurde der Wunsch ausgesprochen, daß sich die Zahlstelle an den Arbeitgeberverband sowie an den Zentralvorstand wenden soll, zur Herbeiführung einer angemessenen Teuerungszulage. Die Kameraden waren sich darüber klar, daß es bei den jetzigen Lebensmittelpreisen ausgeschlossen ist, mit dem gegenwärtigen Lohn auszukommen. Aus diesem Grunde sehen sich die Kameraden veranlaßt, an den Zentralvorstand heranzutreten, damit wir in ganz kurzer Zeit eine angemessene Teuerungszulage erhalten. Die Agitation hat unserer Zahlstelle 18 neue Mitglieder gebracht. Weiter wurden noch einige Mißstände bei der Firma Wais & Freitag in Wörlitz besprochen, worauf die Versammlung, die von 23 Kameraden besucht war, geschlossen wurde.

Würzburg. Am 14. Juli fand hier eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Der erste Punkt der Tagesordnung lautete: „Was müssen wir tun, um eine weitere Teuerungszulage zu erhalten?“ Der Vorsitzende erstattete ein kurzes Referat und wies darauf hin, daß seit der letzten Teuerungszulage von 5 % die Preise für Lebensmittel und Bedarfsgegenstände um 50 % gestiegen seien, was in seinem Verhältnis zu dem zurzeit gezahlten Lohne stehe, und daher könnten die Zimmerer mit demselben nicht mehr auskommen. In der darauf folgenden, sehr lebhaften Diskussion brachten die Mitglieder zum Ausdruck, daß der Zentralvorstand sofort mit dem Arbeitgeberbund in Verhandlungen eintreten solle um Gewährung einer neuen Teuerungszulage. Nur durch möglichst baldige Bewilligung einer weiteren Zulage würde der großen Unzufriedenheit gesteuert und etwaigen Unzuträglichkeiten vorgebeugt. Weiter wurde vom Vorsitzenden darauf hingewiesen, daß bei den nächsten Verhandlungen mindestens ein Teil der Teuerungszulagen auf den Tariflohn anzurechnen sei.

Sterbetafel.

Leipzig. Im Monat Juni starben nach langem rheumatischem Leiden das Mitglied Otto Nagel im Alter von 38 Jahren und Friedrich Spallies im Alter von 47 Jahren an einer Operation infolge chronischen Magenleidens.

Baugewerbliches.

Offene Stellen für Zimmerer. Nach dem „Arbeitsmarkt-Anzeiger“ vom 18. Juli werden durch die Arbeitsnachweise nachbenannter Orte Zimmerer gesucht: Ostpreußen: Allenstein 10, Angerburg 5, Bartenstein 1, Gerbau 5, Gumbinnen 6, Königsberg 10, Lyck 25, Marggrabowa 8, Stallupönen 2; Westpreußen: Danzig 5, Flatow 10, Schwab (Weichsel) 8; Pomern: Eslin —, Labes —, Stettin 24, Stolp 4; Schlesien: Militsch 1; Groß-Berlin: Berlin 16; Brandenburg: Cüstrin —; Provinz Sachsen und Herzogtum Anhalt: Erfurt 10, Mühlhausen 2, Nordhausen —; Königreich Sachsen: Borna 20, Dresden 22, Freiberg 10, Großenhain 3, Leipzig 5, Pirna 4; Thüringen: Altenburg 5, Apolda 10, Gera 5, Gotha 10, Schmöln 5, Zeulenroda 2; Hannover, Oldenburg, Braunschweig, Schaumburg-Lippe: Emden 2, Leer 30, Norden 40,

Osnabrück 2, Hannover 9, Linden bei Hannover 3, Celle 11, Garburg 50, Lüneburg 4, Hilbesheim 3, Wolfenbüttel 2, Braze 2, Nürtingen-Wilhelmshafen 135, Rotenburg 2; Bremen: Bremen 1; Schleswig-Holstein und Lübeck: Bad Oldesloe 5, Elmshorn 5, Flensburg 10, Kiel 41, Lübeck 12, Rendsburg 3, Segeberg 10; Hessen: Kassel 3, Offenbach 3, Wiesbaden 3; Westfalen und Lippe: Detmold: Hagen 23, Hamm 8; Rheinland: Elberfeld 3, Essen 9, Hamborn 5, Hermülheim 2; Bayern: München 12, Nürnberg 24, St. Ingbert 7, Speyer 1, Weiden 5, Würzburg 6; Württemberg: Aalen 2, Friedrichshafen a. B. 19, Heilbronn 3, Ravensburg 1, Stuttgart 20, Ulm a. d. Donau 10; Baden: Freiburg (Breisgau) 8, Karlsruhe 17, Konstanz 10, Lörrach 2, Mannheim 17, Oberkirch 3, Rastatt 6; Elsaß-Lothringen: Colmar (Elsaß) 20, Metz 10, Mappolsweiler 165, Zabern 10. Insgesamt wurden in 89 Orten 1151 Zimmerleute gesucht; darunter in Angerburg und Bartenstein je ein Zimmerpolier. In vier Orten ist die Zahl der offenen Stellen nicht angegeben.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Für neue Feuerungszulagen tritt die „Dachdeckerzeitung“ ein. Sie schreibt:

„Am 1. Oktober läuft die Frist für die jetzigen Zulagen ab, nachdem am 22. Februar die Verhandlungen in Berlin sich auf den Boden der im Vauverus abgeschlossenen Sätze stellten. Damals, als die Vereinbarungen getroffen wurden, ahnte kein Mensch, daß das Jahr 1918 noch einmal einen Wettkampf in der Preiserhöhung unternehmen würde. Nachdem die Lebensmittel so hoch im Preis sind, daß es nur noch unter Lebensgefahr möglich ist, höher zu gehen, werfen sich die Kriegsgewinnler auf die Bedarfsartikel, auf Kleidung, Wohnung usw. Was wir hier erleben, das ist grauenvoll.“

Vor dem Kriege bekam man bei 50 % Stundenlohn für einen Tagesverdienst eine Arbeitsstunde, heute braucht man bei 90 % Stundenverdienst einen Wochenlohn, um das gleiche zu erhalten; 1914 konnte man für 3 ein paar Socken erhalten, 1918 kosten sie das Sechsfache. Wer sich ein Kleid kaufen will, braucht zwei Tagelöhne. Es ist einfach nicht mehr zum Ertragen, wie das arbeitende Volk betrogen wird! Das Jahr 1918 leistet sich in dieser Beziehung so Unerhörtes, daß man sich oft wundert, wo die Leute den Mut hernehmen, uns so etwas zu bieten und mit Artikeln zu bewuchern, die im Lande hergestellt werden. Man läßt sich eine normale Steigerung gefallen; aber die Arbeiter sind nicht mit unserm Fleisch und Blut zufrieden, sie wollen auch die Knochen.

Unter diesen Umständen ist es unmöglich, weiter auszuhalten. Seit Wochen mehrten sich die Stimmen aus Kollegentreifen, die Feuerungszulagen einer Revision zu unterziehen. Wir begreifen diese Stimmung, und sind der Meinung, daß es bewundernswert ist, wie sie es überhaupt fertig bringen, durchzukommen.

Wir haben an die Arbeitgeberverbände geschrieben, baldigst neue Verhandlungen anzubahnen, damit die Kollegen vielleicht schon vor Ablauf der Frist unter Berücksichtigung der Zeitumstände zu neuen Zuschlägen kommen oder aber diese mit rückwirkender Geltung am 1. Oktober gleich in Kraft treten können. Unsere Kollegen wollen überall, wo sie zu der Sache in Verhandlungen usw. Stellung nehmen, dies beachten. Wir werden die gegenseitige Aussprache so zu fördern suchen, daß der Zeitpunkt diesmal nicht hinausgeschoben wird wie früher, sondern am 1. Oktober spätestens mit neuen Feuerungszulagen gerechnet werden kann. Übrigens haben wir in dieser Beziehung auch bereits die Zulage der Meister. Es wird bei der ganzen Sache allerdings über die Höhe der Zulage ein ernstes Wort gesprochen werden müssen. Daß diese mit Rücksicht auf den Ernst der Lage nicht so niedrig ausfallen darf wie am 1. April, das werden hoffentlich auch die Unternehmer sowie die zur Entscheidung angerufenen Behörden einsehen.“

Nur kein Fatalismus.

In der „Frankfurter Tagespost“ macht Genosse Braun folgende sehr beherzigenswerte Ausführungen:

„Wir leben mitten im Kriege, ja noch mehr, in so vollkommener Genöhmung an den Krieg, daß wir mit dem Frieden nur wie mit einer dunklen Größe, mit einem unbekannten etwas rechnen. Wir wissen alle, daß nichts gewisser ist als der Krieg, daß nichts unsicherer ist, nichts unbekannter als der Friede. Wir glauben alle, daß es viel begreiflicher ist, daß ein Krieg plötzlich ausbricht — das haben wir ja alle erlebt —, als daß uns der Friede über Nacht beschert wird. Dabei herrscht das dunkle Gefühl, daß der Friede nur eine Unterbrechung des Krieges sein dürfte, nur eine Erholungsphase erschöpfter Mächte sein dürfte, daß aus diesem Kriege wieder Kriege erwachsen könnten.“

So legt sich in dem zu Ende gehenden vierten Kriegsjahre ein dumpfes Gefühl über die Menschheit, die keinen Ausweg sieht aus all dem Druck, aus all der Not, aus allen schmerzhaften Wirkungen, aus allen geahnten Kriegsfolgen. Doch wissen wir alle, daß nichts gefährlicher für die Menschheit ist, als nichts verhängnisvoller für die Arbeiterklasse werden kann, als ein verzweifelter Sichhingeben in das Schicksal, das man trägt, wie es einen auch treffen mag. Der Glaube an das unvermeidliche Schicksal, oder, um es mit einem Fremdwort zu sagen, der Fatalismus, könnte die schädlichste Wirkung des Krieges werden. Würden wir uns als einzelne Menschen wie als Mitglieder einer Masse, wie als Angehörige des Volkes des eigenen Willens, der in uns sonst lebendigen Kräfte begeben, dann müßte man an der Zukunft der Menschen verzweifeln. Daß solche Gefühle in zahlreichen Menschen wirken, ist jetzt nur zu oft zu beobachten. An sich ist diese fatalistische Stimmung ebensosehr zu beklagen, wie sie bei vielen Menschen unter dem Druck des Krieges durchaus begreiflich ist.

Gar zu viel Leid hat die Menschheit in den verflochtenen dreißigjährigen Jahren zu tragen gehabt. Hunderttausende

Bräute beklagen den Tod des Geliebten, dem sie in ehelicher Gemeinschaft vollkommen angehören wollten, und den im fremden Boden irgendwo, man kennt meist nicht die Stelle, der Kasten bedt. Millionen Mütter aller Nationen bejammern tagaus, tagein heißgeliebte Söhne, die sie in Schmerzen geboren, die sie mit Aufopferung erzogen, in die sie alle ihre Hoffnungen hineingelegt haben. Bräute, Mütter, Schwestern, Gattinnen tragen all das Weh dieses Krieges, sie weinen nicht auf den Straßen, sie klagen nicht an auf dem Markte. Sie wissen, daß sie Millionen Mitleidende haben, deshalb verhehlen sie ihren Schmerz. Sie verbergen ihn aber nur vor andern Menschen, er ist ihnen heiligstes Vermächtnis, das sie ganz erfüllt. Fern von den Menschen, im stillen Kämmerlein, geben sie sich wehmütiger Erinnerung hin; dort betrachten sie die sich nicht schließenden, tiefen Wunden, die der Krieg ihrem Leben geschlagen hat. Sie kennen keinen Balsam, der sie heilt. Nicht einmal die Dauer der Zeit vermag den Schmerz zu lindern; denn immer neues Leid schafft der menschenvernichtende Krieg. Die Männer lassen ihren Schmerz weniger merken; sie wissen, was der Krieg von ihnen verlangt. Ihre weichen Gefühle umgarnen sie mit scheinbarer Unempfindlichkeit. Doch wir wissen nur zu gut, was das Herz hinter diesem Harnisch empfindet. Wir tragen ja selbst dieses Leid und hüten uns, es zur Schau zu stellen. Auch die Väter tragen jedes andere Opfer lieber als ihre Söhne. Die Söhne sollten lieber alles andere leichter entbehren als ihre Väter. Man kann die Kosten des Krieges messen nach Hunderten Milliarden, ganz gewaltigen Maßstäben; aber wie klein erscheinen diese, uns früher unmöglich erschienenen Zahlen, ungeheuer gegenüber den Maßstäben, die notwendig wären, das Leid der Menschen zu messen, das dieser Krieg in halb 1400 Tagen den Völkern dieser Erde bereitet hat. Es ist Unmeßbares, es ist Unfassbares! Die Rechnung ist nicht abgeschlossen mit Geld und Tod, die Menschheit verlor in diesem Kriege nicht nur die kräftigsten Lebensalter, sondern auch viele starke Hoffnung auf Erneuerung der Menschheit. Wenn der Krieg die Jüngste bis fünfundsiebzigjährigen zum größten Teile hinwegraffte oder doch auf das schwerste durch Wunden und dauernde Krankheit schädigte, wenn die jüngeren und älteren Mannesalter auch noch schwer an Zahl und Kraft verringert wurden, so ist das ein Verlust, den die Menschheit nicht nur unserer Zeit, sondern noch nach mehreren Generationen empfinden wird. Leichter ist es, den Volkswohlstand zu erneuern, als die Menschheit wiederzugewinnen. Frankreich und Deutschland haben längst in diesem Kriege mehr Menschen verloren, als 1870/71 von ihnen in den Feldzug gesandt wurden. Wieviel Hoffnungen, wieviel Ausichten auf Nüchternheit der Menschen sind ins Grab gesunken! Jeder von uns kennt Fälle, wo größte Hoffnung für Wissenschaft, für Kunst, für soziale Befreiung unwiederbringlich verloren gingen, nachdem herrliche Blüten und reifende Früchte Reizes und Größtes für die Menschheit verhießen.

All dieses Leid wird weiter getragen, und die Menschheit in allen Ländern empfindet tagtäglich neuen Schmerz. Sie vermag doch nichts zu ändern, sie kann nicht dem Kriegswagen in die Speichen fallen und sein zerstörendes Werk hemmen.

So ist es begreiflich, daß die Menschen gleichgültig werden gegen alle Not, gegen alles Unheil, gegen allen Druck und alle Ausbeutung, die künftige Zeiten bringen könnten. So hören wir von gar vielen: Wozu sollen wir der Gewerkschaft angehören, zur Partei steuern, das Arbeiterblatt lesen? Wir können doch nichts ändern an dem Schicksal. Was kommen mag, wird eben kommen! Was kommen wird, vermögen wir nicht aufzuhalten. Diese Meinung, nur allzustark verbreitet, droht zu noch weit größerem Unheil zu reifen als all das, was wir nun schon zu ertragen haben! Sind doch die Aufgaben der Arbeiterklasse riesengroß! Wir müssen alles daran setzen, daß der Krieg sich nicht wiederhole. Soweit menschliche Kraft und menschlicher Wille ausreichen, sollen die Wirkungen dieses Krieges einigermaßen ausgeglichen werden. So müssen wir verlangen, daß alle gesundheitliche Fürsorge, aller Schutz gegen Ueberarbeit, gegen Berufskrankheit und Unfall der heranwachsenden Jugend, den aus dem Kriege Heimkehrenden, den Müttern zuteil werde. Wir müssen dafür sorgen, daß durch eine ausreichende Ernährung die im Kriege sehr geschwächte körperliche Widerstandskraft wieder gefestigt wird, daß die Wohnungen für die heimkehrenden Krieger, aber auch für alle andern Minderbemittelten in ausreichendem Maße hergestellt und zu erträglichen Preisen zur Verfügung gestellt werden. Wir müssen uns für die politischen Rechte der breiten Massen einsetzen. Wie die Steuern unter Schonung der Reichen auf die Massen gelegt werden sollen, hat Graf Roeder nur zu anschaulich gemacht. Wir müssen dafür sorgen, daß die Arbeiter beim Ausbruch der Kriegsindustrie und bei der Schwierigkeit der Wiederherstellung der Friedenswirtschaft nicht geschädigt werden. Wir müssen darauf bedacht sein, daß das Selbstbewußtsein der Arbeiter, ihre geistige Frische, die Möglichkeit, ihre Interessen selbstständig zu vertreten, keine Hemmnisse erfahren.

Deshalb dürfen sich die Arbeiter und Arbeiterinnen nicht dem entnervenden Fatalismus hingeben, sie dürfen nicht bereit werden, ihr Schicksal so zu tragen, wie es andere gestalten möchten, und wie es werden würde, wenn die Arbeiter die Hände in den Schoß legen und ihre Organisationen vernachlässigen und den Regierungen und den bürgerlichen Parteien allen Spielraum lassen würden, das Schicksal von Reich und Land, von Gemeinde und Arbeitsverhältnis ganz allein zu bestimmen.

Wir können dem Kriege mit unserer Macht kein Ende machen; aber alle Kraft soll jeder von uns unausgesezt anwenden, um den Fatalismus, die Indolenz, die Gleichgültigkeit der Arbeiter und Arbeiterinnen mit aller Entschiedenheit und mit aller Lebhaftigkeit zu bekämpfen, ja, auszurotten.“

Nur in der Einheit liegt die Kraft!

Die „Verbandszeitung“, Organ für die Interessen der Arbeiter in Brauereien, Brennereien, Mühlen und verwandten Betrieben, spornt die Mitglieder wie folgt zur Agitation an:

Nur in der Einheit liegt die Kraft! Das hämmert jeder neue Tag uns erneut ein. Wer trotzdem seine Organisationspflicht nicht erfüllt, ist denkfaul und opfer-scheu. Jedes Verbandsmitglied muß sich geloben:

Ich

bulde keine Denkfaulheit und Opferscheu. Wer im trüben fischen und da ernten will, wo andere gefischt haben, der ist ein Schädling und muß auch dementsprechend behandelt werden. Ich

brauche

nur mit gleicher Münze heimzuzahlen. Wer die Pflichten der Kollegialität und Solidarität verletzt und sich den Unternehmern dienbar macht gegen die eigenen Klassengenossen, hat

keinen

Anspruch auf Achtung. Ehre, dem Ehre gebührt, und jedem das Seine! Wer nicht fäet, soll auch nicht ernten! Ein guter Kollege ist nur, wer auch kollegial handelt, das heißt unserm

Verband

als Mitglied angehört. Jeder Unorganisierte hindert die Einheit und lähmt die Kraft. Das darf nicht sein. Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns und muß auch als Gegner behandelt werden. Danach muß ich handeln,

solange

es in meinem Bereich Unorganisierte gibt. Im gesellschaftlichen und sonstigen Verkehr, auf dem Wege zur Arbeit und zurück und bei allen sonst sich bietenden Gelegenheiten muß

ich

den Unorganisierten ins Gewissen reden. Und wenn das nicht hilft, dann muß ich meine organisierten Kollegen zu Rate ziehen, damit wir uns darüber einigen, was weiter zu geschehen hat. Sollen diese Schädlinge nicht dauernd

miterniten,

wo andere gefäet haben, dann müssen ihnen gegenüber andere Saiten aufgezogen werden. Unsere Gütmütigkeit ist uns da nur nachteilig gewesen. Undank ist der Welt Lohn, das haben wir immer erfahren müssen. Es

darf

daher so wie bisher nicht weitergehen. Wo der Einfluß des einzelnen nicht ausreicht, um die Unorganisierten von ihrer gemeinschaftlichen Denkfaulheit und Opferscheu zu heilen, da müssen alle zusammenwirken. Nur

wo

so gearbeitet und nicht locker gelassen wird, ist der Unkollegialität und Opferscheu der Unorganisierten beizukommen. Dabei muß ich nach besten Kräften mitwirken. Ich darf nicht warten, bis

andere

vorangehen, sondern muß eventuell durch mein Beispiel vorbildlich zu wirken suchen. Nur wenn ich selbst meine Pflicht erfülle, kann ich auch von andern Pflichterfüllung fordern. Niemand soll ernten, wo andere

gefäet

haben. Das gilt für alle in gleicher Weise. Die Brauerei- und Mühlenarbeiter sind nur Opfer der Opferscheu und Pflichtvergessenheit. Würden alle ihre Organisationspflicht erfüllen, würde sich alles besser gestalten. Alle

haben

darum das gleiche Interesse und folglich auch die gleiche Pflicht, die genannten Uebelstände zu überwinden. Nur in der Einheit liegt die Kraft! Diese Einheit gilt es zu erringen, allen Widerständen zum Trotz.

Emstiges Ringen führt zum Gelingen!
Bauft du nicht fort, stürzt alles dir ein!
Nimmer verzagen! Immer frisch wagen!
Die Tat macht mächtig und stark nur allein!

Versammlungsanzeiger.

Freitag, den 2. August:

Cassel: Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Ober-Karlstraße 17.

— Anzeigen. —

Zahlstelle Hamburg u. Umg.

Ergebnis der Urabstimmung

über die Erhöhung der Lokalfondsbeiträge um 20 Pfg. pro Woche ab der 21. Beitragswoche dieses Jahres.

Nach den nunmehr vollständig eingegangenen Protokollen der Bezirke über die vorgenommene Urabstimmung geben wir hiermit das Ergebnis derselben bekannt. Abgegeben wurden insgesamt 588 Stimmen, davon 6 ungültige. Von den 582 gültigen Stimmen wurden abgegeben für die Erhöhung der Lokalfondsbeiträge mit Ja 315, dagegen mit Nein 267. Demnach ist die Erhöhung der Lokalfondsbeiträge in allen Beitragsklassen endgültig beschlossen.

Die Bezirkskassierer erhalten die neuen Marken mit den erhöhten Lokalfondsbeiträgen nach deren Eingang auf dem schnellsten Wege zugestellt.

Den Obsteuern und Bezirkskassierern wird das detaillierte Abstimmungsergebnis der Bezirke unserer Zahlstelle noch übermittelt, damit die Mitglieder in den kommenden Zusammenkünften der Bezirke davon Kenntnis nehmen können. (M. 2,20)

Der Vorstand.

10 bis 15 tüchtige Zimmerleute und mehrere Bautischler

steht auf sofort ein

Fritz Röder, Baugeschäft,
Gessisch-Dichtenau bei Cassel.

(M. 4)